

Rathaus
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 70
Telefax 032 627 22 75
kanzlei@sk.so.ch

Medienmitteilung

Regierung bedauert Arbeitsplatzabbau

Solothurn, 18. September 2009 - Volkswirtschaftsdirektorin Esther Gassler hat den Regierungsrat über die Entwicklung in der Solothurner Wirtschaft informiert. Sie bedauert den Abbau von Arbeitsplätzen und bekräftigt, dass alle der Verwaltung zur Verfügung stehenden Möglichkeiten ausgeschöpft werden sollen, damit den vom Arbeitsplatzabbau Betroffenen die entsprechende Unterstützung gewährt werden kann. Die Volkswirtschaftsdirektorin weiss, dass Arbeitslosigkeit für die betroffenen Mitmenschen eine persönliche Härte bedeutet.

Dank der im vergangenen Jahr noch hervorragend ausgelasteten Investitionsgüter- und Uhrenindustrie erzielte der Kanton Solothurn 2008 ein Wachstum von 2.7 Prozent und lag damit deutlich über dem Schweizer Mittel (1.6 Prozent). Im laufenden Jahr werden die bisher wachstumsstarken Kantone des Jurabogens infolge der deutlich schwächeren Exportnachfrage am meisten unter der Weltwirtschaftskrise leiden. Im ersten Halbjahr 2009 gingen die Solothurner Exporte um 23 Prozent zurück, gegenüber einem Rückgang von 16 Prozent bei den Schweizer Exporten.

Im Gegensatz zur Bauwirtschaft können die exportorientierten Unternehmen nicht durch öffentliche Aufträge gestützt werden. Mit den staatlichen Instrumenten kann das "Rückfallnetz" enger geknüpft und die sozialen Folgen gemildert werden. Der Kanton ist zudem nicht im Bankkreditgeschäft tätig.

Weiter kann er bei Betriebsschliessungen einspringen, um u.a. für die Lehrlinge neue Lösungen zu finden. Erfreut nimmt der Regierungsrat zur Kenntnis, dass hier die Solidarität unter den Firmen ausgezeichnet funktioniert indem diese Lehrlinge übernehmen.

Der Regierungsrat weist aber auch darauf hin, dass die Aussenwirtschaft mit Exportabsicherung und die Geldpolitik Aufgaben des Bundes und nicht des Kantons sind.

Konkrete Unterstützung ist vielfältig

Das Amt für Wirtschaft und Arbeit bietet den vom Arbeitsplatzabbau Betroffenen eine Vielzahl von Möglichkeiten an. Die von den Arbeitslosenkassen ausbezahlten Taggelder wirken als automatische Stabilisatoren, indem sie die Kaufkraft der Stellensuchenden erhalten. Durch diese Zahlungen werden soziale Härtefälle gemildert, und die Konsumausgaben bleiben weiterhin gesichert. Bis Ende September hat die öffentliche Arbeitslosenkasse Solothurn bereits rund 60 Millionen Franken an Arbeitslosengeldern ausbezahlt. Das entspricht etwa der Summe des ganzen letzten Jahres.

Die Stellensuchenden werden von den RAV in Solothurn und Olten kompetent beraten und an neue Arbeitsplätze vermittelt. Um die gestiegene Beratungs- und Vermittlungstätigkeit zu bewältigen, wurden in diesem Jahr bereits 20 neue Stellen in der Personalberatung geschaffen. Zudem wurde das laufende Budget für arbeitsmarktliche Massnahmen auf rund 16 Millionen Franken aufgestockt, was gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung um zwei Millionen Franken bedeutet. Für nächstes Jahr ist nochmals eine Steigerung in der gleichen Höhe vorgesehen.

Bis Ende August wurden von der öffentlichen Arbeitslosenkasse Solothurn bereits 30 Millionen Franken in Form von Kurzarbeitsentschädigungen (Vorjahr: 400'000 Franken) ausbezahlt. Die Kurzarbeitsentschädigungen helfen

den Firmen, Entlassungen zu verhindern oder sie zumindest zeitlich zu staffeln.

Beim Erlass des Sozialgesetzes hat sich der Gesetzgeber klar darauf beschränkt, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ausschliesslich im Rahmen des eidgenössischen Arbeitslosenversicherungsgesetzes vorzunehmen. Dieses Sozialwerk hat sich bewährt und ist in der Lage, die Folgen der Arbeitslosigkeit auch in Krisenzeiten abzufedern. Der Gesetzgeber hat bewusst darauf verzichtet eine Rechtsgrundlage für zusätzliche kantonale Massnahmen zu schaffen. Hingegen hat der Kanton die Möglichkeit, die Solothurner Wirtschaft im Rahmen der Wirtschaftsförderung zu stärken. Diese Massnahmen bezwecken jedoch nicht die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, sondern die Erleichterung einer strukturell und regional ausgewogenen wirtschaftlichen Entwicklung.

Zusätzliche Massnahmen

Gemäss Sozialgesetz sind zusätzliche arbeitsmarktliche Massnahmen von den Einwohnergemeinden zu tragen. So besteht seit 1997 das Soziallohnprojekt "solopro". Das Projekt bietet 125 Sozialarbeitsplätze für ausgesteuerte erwerbslose Personen. Es ist voll ausgelastet und die Nachhaltigkeit belegt. Ein Ausbau ist bei Bedarf möglich. Die Infrastrukturkosten werden durch die Gemeinden getragen, die Soziallohnkosten unterliegen dem Lastenausgleich Sozialhilfe. Im Raum Grenchen hat im Verlaufe des Jahres 2009 zusätzlich die Firma "Pro Work" den Betrieb aufgenommen. Damit wird eine Lücke zwischen den Qualifizierungsprogrammen zur raschen Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt und den niederschweligen Angeboten geschlossen. Zielgrösse sind je nach Bedarf 15 - 50 Arbeitsplätze. Einzelne Einwohnergemeinden bieten sogenannte "Gemeindearbeitsplätze" an, welche niederschwelliger Natur sind. Weitere niederschwellige Arbeitsplätze stehen in den Institutionen der Suchthilfe (z.B. Perspektive) zur Verfügung.

Als zusätzliche Massnahme wurde auf der Basis des Sozialgesetzes die Case-management-Stelle Soziales geschaffen. Sie sichert die interinstitutionelle Zu-

sammenarbeit (IIZ) mit definierten Schnittstellen und einer vermehrten Ausrichtung auf Integration in den Arbeitsmarkt.

Konjunkturstützende Massnahmen des Kantons

Die Revision des Steuergesetzes wird im laufenden Jahr wirksam. Durch die finanziellen Einsparungen haben die privaten Haushalte rund 90 Millionen Franken mehr im Portemonnaie und damit zum Ausgeben übrig. Das ist wichtig, weil sich das Bruttoinlandprodukt (BIP) zu 60 Prozent aus Konsum zusammensetzt. Für 2012 ist ein zweites Steuerpaket geplant. Dies dürfte rund zehn Millionen Franken an Entlastungen bringen.

Durch beschlossene und ausführungsbereite Bauprojekte löst der Kanton in den nächsten vier Jahren (2009 bis 2012) Investitionen von 800 Millionen Franken aus. Mit dem Förderprogramm für Energieeffizienz und erneuerbare Energie unterstützt der Kanton auch Investitionen der Hauseigentümer.

Rahmenbedingungen verbessern

Der Kanton Solothurn setzt mit seiner Wirtschaftspolitik alles daran, die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft weiter zu verbessern, damit die Solothurner Unternehmen die Krise möglichst gut überstehen und fit sind, wenn der Wirtschaftsmotor wieder läuft. Die Wirtschaftsförderung des Kantons Solothurn steht den Solothurner Unternehmen als Anlaufstelle zur Verfügung und vermittelt Kontakte, beispielsweise zur Bürgschaftsgenossenschaft Mitte oder zur Innovationsberatungsstelle der Solothurner Handelskammer.

Positive Lehrstellenentwicklung

Die Gesamtzahl der Lehr-, Anlehr- und Vorlehrverträge im Kanton Solothurn ist in den letzten Jahren stetig gewachsen und hat dieses Jahr mit rund 6'500 einen Wert erreicht, wie er letztmals vor rund 30 Jahren registriert wurde. Trotz der aktuell schwierigen Wirtschaftslage zeigt die Solothurner Wirtschaft ein anhaltendes Engagement für die Berufsbildung. Dies ist auch aus demographischen Gründen nötig, weil nämlich in den kommenden Jahren grosse

Jahrgänge aus dem Arbeitsmarkt treten werden und deshalb eine Verknappung der Fachkräfte absehbar ist.

Aussichten

Auf den Weltmärkten ist eine langsame Verbesserung der Lage auszumachen. Solothurner Firmen können wieder vermehrt Aufträge verbuchen. Trotzdem wird die Arbeitslosigkeit in den nächsten Monaten noch ansteigen, wenn auch nicht mehr im bisherigen Ausmass. Der Privatkonsum bietet eine wichtige Stütze unserer Wirtschaft. Die Konsumentenstimmung ist nach wie vor gut. Der Regierungsrat beobachtet weiterhin aufmerksam den Konjunkturverlauf und lässt sich dabei auch durch die tripartite Kommission für Arbeitsmarktpolitik (KAP) beraten.